

CVP beschliesst Stimmfreigabe

Wahlen Die Voten zur Taktik für den zweiten Wahlgang der Regierungswahlen waren kontrovers: Die einen CVP-Delegierten wollten eine klare Positionierung der Partei. Andere erinnerten an das Resultat vor vier Jahren und forderten Stimmfreigabe – mit Erfolg.

Roseline Troxler

roseline.troxler@luzernerzeitung.ch

Die Delegiertenversammlung der Luzerner CVP stand gestern in Hildisrieden im Zeichen der Wahlen. Zunächst kommentierte die Parteispitze das Abschneiden am Wahlsonntag. Zwar wurde die Wiederwahl der CVP-Regierungsräte Guido Graf und Reto Wyss hervorgehoben. Doch der Verlust von vier Mandaten im Kantonsrat nagte an der Partei. Präsident Christian Ineichen wählte deutliche Worte: «Die Verluste tun weh. Es hat sich gezeigt, dass auch uns nichts mehr geschenkt wird.» Das gelte es anzuerkennen. Laut Ineichen sei es der Jungen CVP zu verdanken, dass die Verluste nicht grösser waren. «Ohne JCVP würde das Debakel noch anders aussehen.»

Viel mehr zu reden gab allerdings der Ausblick auf den zweiten Wahlgang vom 19. Mai. Denn gerade die CVP-Wähler könnten das Zünglein an der Waage sein, wer den Sprung in die Regierung schafft: Der bisherige SVP-Vertreter Paul Winiiker, der die Wiederwahl um nicht einmal 700 Stimmen verpasste, der parteilose Finanzdirektor Marcel Schwerzmann oder die Grüne Kandidatin Korintha Bärtsch. Nicht mehr im Rennen sind SP-Mann Jörg Meyer, GLP-Politiker Roland Fischer oder der parteilose Rudolf Schweizer (Ausgabe von gestern).

Kontinuität oder Konkordanz – das ist hier die Frage

Die Frage nach der Taktik spaltete die CVP. Kaum bestritten war bei den 274 Delegierten der Anspruch der SVP auf einen Sitz. Ganz anders jener der Linken oder des Parteilosens. Martin Zemp betonte: «Wir Bürgerlichen gehören wegen den Linken zu den Verlierern vom Sonntag.» Deshalb sei es nicht Aufgabe der CVP, diese Kräfte nun zu unterstützen. Sepp Wyss von der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft meinte: «Für uns ist Kontinuität wichtig,



Die CVP-Delegierten gaben keinem der drei Regierungskandidaten den Vorzug.

Bild: Pius Amrein (Hildisrieden, 2. April 2019)

weshalb wir weiterhin auf eine bürgerliche Allianz setzen wollen.» Andere Votanten wendeten ein, dass es dringend eine Frauenvertretung brauche. Und Christian Bertschi forderte, zur Konkordanz zu stehen. «Eine Vertretung von SVP und Links-Grün drückt den Wählerwillen aus.» Er erinnerte die Delegierten

an den CVP-Slogan: «Wir bestimmen die Richtung.» Auch Kantonsrätin Priska Wismer forderte, «dass die grosse CVP sich äussert, wie die Zusammensetzung der Regierung aussehen soll. Sonst sind wir profillos.» Nationalrätin Andrea Gmür hingegen unterstrich: «Wir brauchen nach den Kantonsratswahlen par-

teintern Ruhe. Diese erhalten wir nur mit einer Stimmfreigabe über alle drei Kandidaten.» Sie appellierte an die innerparteiliche Solidarität. «Wir müssen nun auch mal für die CVP schauen.» Deutliche Worte wählte auch Franz Wüest: «Eine Wahlempfehlung nützt niemandem und schadet uns bloss. Die

Wähler entscheiden sowieso selber.» Jene Votanten, welche sich für eine Stimmfreigabe starkmachten, erinnerten die Delegierten an die Entscheidung vor vier Jahren. Damals haben sich die CVP-Delegierten für den zweiten Wahlgang mit Felicitas Zopfi und Paul Winiiker für das Ticket SP und SVP entschieden. Keinen Support leisten wollte die Partei dem Finanzdirektor aus Kriens. Trotz Wahlempfehlung der Delegierten für Felicitas Zopfi zog es die Basis schliesslich vor, Schwerzmann wieder in die Exekutive zu wählen. Die Nichtnominierung von Schwerzmann kam bei diversen CVP-Mitgliedern ganz schlecht an, und im Nachgang der Versammlung zog sich – bis hin zur Parteileitung – ein Graben durch die CVP.

Ineichen zog parteipolitische Überlegungen heran

Im Schlussvotum mahnte Ineichen, auch parteipolitische Überlegungen miteinzubeziehen: «David Roth hat angekündigt, dass die SP bei einer Vakanz den CVP-Sitz angreifen wird.» Zudem erinnerte der Parteipräsident daran, dass mit dem Bekenntnis zur Konkordanz vor vier Jahren die Parteispenden seitens KMU-Flügel «massiv eingebrochen sind».

Ineichen liess die Delegierten zunächst über die Frage, «ob wir etwas machen oder nichts machen», sprich über die Stimmfreigabe befinden. Die Delegierten sprachen sich grossmehrheitlich für eine Stimmfreigabe aus.

Am 19. Mai wird auch über mehrere Vorlagen abgestimmt. Die Luzerner CVP-Delegierten sagten klar Ja zur Aufgaben- und Finanzreform des Kantons Luzern. Ebenfalls begrüsst wird die Revision des Schweizer Waffenrechts und die AHV-Steuervorlage. Damit folgten die Delegierten der nationalen CVP.

Gestern haben auch die SP und die FDP ihre Taktik für den zweiten Wahlgang beschlossen (siehe unten). Die SVP-Delegierten entscheiden heute.

Rückzug von Jörg Meyer stösst bei SP-Basis auf viel Verständnis

Luzern Aussergewöhnlich viele Genossen versammelten sich gestern im «Contenti» in Luzern zur Delegiertenversammlung der kantonalen SP. Entsprechend begrüsst Präsident David Roth die rund 60 Anwesenden mit den Worten: «So müssen sich die Bürgerlichen fühlen – es gibt nicht für alle einen Platz.» Roth fuhr mit der Bilanz des Wahlkampfes fort. Die SP habe mit dem Kampf gegen Sparmassnahmen und dem erfolgreichen Gang vors Bundesgericht wegen der Prämienverbilligung eigene Akzente setzen können. So sei die Welle nicht grün, sondern rot-grün über den Kanton gebrandet. Was Roth besonders freute: «Jörg

Meyer war 4000 Stimmen vor Marcel Schwerzmann, das hat uns niemand getraut!» Es folgten stehende Ovationen.

Der Entscheid, die Kandidatur von Jörg Meyer zugunsten von Grüne-Kandidatin Korintha Bärtsch zurückzuziehen, ist laut Roth ein gemeinsamer Entscheid des Wahlausschusses, der Parteileitung und Jörg Meyer gewesen. «Am sinnvollsten war die Variante, mit derjenigen Person weiterzumachen, die am meisten Stimmen geholt hatte.» Entschieden habe man zwar schnell, aber nicht unüberlegt.

Grüne Regierungsrätin soll SP nicht vergessen

Jörg Meyer hielt die «schwierigste politische Ansprache» seines Wahlkampfes. Er dankte den Sozialdemokraten für den Einsatz und sei stolz, so viele Stimmen geholt zu haben. «Der Verzicht war nicht einfach – weder für die Partei, noch für mich.» Es sei aber der richtige Entscheid gewesen. «Kämpfen wir weiter!»

Kritische Voten wegen des Rückzählers gab es nicht. Aber eine Forderung, dass sich Bärtsch, wenn sie gewählt würde, auch um SP-Anliegen kümmern soll. Bei vier Enthaltungen und keiner Gegenstimme wurde der Antrag der Parteileitung angenommen. Die SP fasste ausserdem folgende Parolen: Die kantonale Aufgaben- und Finanzreform 2018 wird abgelehnt, der nationalen Steuerreform und dem verschärften Waffengesetz wird zugestimmt. Die Geschäfte gelangen am 19. Mai zur Abstimmung. (avd)

«Der Verzicht war nicht einfach – weder für die Partei noch für mich.»

Jörg Meyer
Ehemaliger SP-Regierungskandidat

FDP-Basis unterstützt Bisherige

Inwil Gestern wurde kräftig Hände geschüttelt und auf die Schultern geklopft bei den Liberalen: Die Stimmung an der gestrigen Delegiertenversammlung der FDP in Inwil war sichtlich gelöst. Dazu gab es auch allen Grund: Ihren Regierungskandidaten Fabian Peter hat die FDP gleich beim ersten Wahlgang in die Regierung gebracht. Mit 56 410 Stimmen erreichte der Inwiler ein gutes Resultat und landete noch vor den bisherigen Regierungsräten Paul Winiiker (SVP) und Marcel Schwerzmann (parteilos). Dafür erntete der Politiker seitens der Delegierten gleich zu Beginn eine Standing Ovation. «Ich bin eure Dampflok, und ihr habt für mich Kohle geschaufelt, dafür bin ich euch dankbar», sagte Peter. «Ich bin euer Regierungsrat.»

An der Versammlung entschieden sich die 203 Delegierten diskussionslos für die beiden bisherigen Regierungsräte Winiiker und Schwerzmann. «Wir wollen langfristig denken. Schwerzmann hat in einer schwierigen Situation Top-Arbeit geleistet», sagte Parteipräsident Markus Zenklusen.

«Kamen mit einem blauen Auge davon»

Im Voraus hatte Zenklusen kurz und knapp den vergangenen Wahlkampf analysiert. Das Ziel, zweitstärkste Partei im Kantonsrat zu werden, konnte die FDP erreichen – wenn auch unter anderen Umständen als gedacht. Möglich machte dies nämlich nicht der Gewinn von Sitzen im Parlament, sondern der

grosse Verlust solcher auf Kosten der SVP. Sieben Sitze hat die Volkspartei verloren, bei den Liberalen waren es deren drei. Beide Parteien teilen sich nun mit 22 Sitzen den zweiten Platz. «Wir hatten uns das etwas anders erhofft, aber haben es geschafft, zweitstärkste Kraft zu werden», sagte Zenklusen. Ein Wermutstropfen bleibt aber doch: Eigentlich wollten die Liberalen 1,5 Prozent Wähleranteil gutmachen. Stattdessen verlor die FDP gut 1,5 Prozentpunkte. Zenklusen dazu: «Wir kamen mit einem blauen Auge davon.»

Im Anschluss fassten die Delegierten die Parolen für die Abstimmungen vom 19. Mai. Die AHV-Steuervorlage wurde

«Ich bin eure Dampflok, und ihr habt für mich Kohle geschaufelt, dafür bin ich euch dankbar.»

Fabian Peter
Neo-Regierungsrat

mit 160 Ja-Stimmen angenommen, die EU-Waffenrichtlinien wurde einstimmig angenommen.

Nationalrat Albert Vitali weibelte für die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF). «Wenn wir unseren Wohlstand behalten wollen, müssen wir die Vorlage annehmen», sagte Vitali. Mit dieser bleibe die Schweiz innovativ und wettbewerbsfähig. «Die Fehler der Unternehmenssteuerreform III wurden behoben.» Roland Fischer, Präsident der glp Kanton Luzern, hielt dagegen. «Die Steuerreform ist notwendig für die Schweiz. Das Problem ist die AHV-Finanzierung», sagte Fischer. Oder vielmehr die Verknüpfung der beiden Themen, die nichts miteinander zu tun hätten. «Das ist kein Kompromiss, sondern ein demokratiepolitischer Sündenfall.»

Für das Ja zum Waffenrecht referierte Kantonsrat Patrick Hauser. «Wir können mit einem Ja die internationale Kriminalität mittels länderübergreifender Zusammenarbeit effizient bekämpfen.» Ausserdem sei bei einem Nein auch die Reisefreiheit in ganz Europa gefährdet.

Tobias Diller, Polizist bei der Kantonspolizei Obwalden und Mitglied beim Referendumskomitee, konterte. «Den Zusammenhang zwischen Legalwaffenbesitzer und islamistischem Terror kann jeder selber suchen. Die Verhältnismässigkeit für dieses Gesetz ist nicht gegeben.»

Martina Odermatt
martina.odermatt@luzernerzeitung.ch